

Die distanzierte Mitte

Andreas Zick · Beate Küpper · Nico Mokros (Hg.)

Die distanzierte Mitte

Rechtsextreme und demokrati- tiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23

Mit Beiträgen von

Sabine Achour · Mathias Albert · Hannes Delto · Frank
Faulbaum · Eva Groß · Jens Hellmann · Lena Hilkermeier ·
Andreas Hövermann · Torben Hüster · Beate Küpper · Souad
Lamroubal · Alexander Mavroudis · Nico Mokros · Claudia
Neu · Amelie Nickel · Jonas H. Rees · Fritz Reusswig · Elif
Sandal-Önal · Andreas Zick

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung
von Franziska Schröter



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0665-9

Copyright © 2023 by Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen
Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg
Druck und Verarbeitung: Plump Druck & Medien GmbH, Rheinbreitbach
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2023

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Forum Berlin



Die zusätzlichen Tabellen des
Onlineanhangs finden Sie unter
www.fes.de/mitte-studie.

Inhalt

Vorwort der Herausgeberin Franziska Schröter	15
1 Die distanzierte Mitte – eine Annäherung an das Verhältnis der Mitte zur Demokratie in Krisenzeiten	
Andreas Zick	19
1.1 Deutschland im Jahreswechsel 2022/23	19
1.2 Die Mitte als Orientierung	24
1.3 Die Mitte auf Distanz zur Demokratie?	26
1.4 Methodik und Grenzen einer Mehrheitsbefragung	30
2 Die empirische Grundlage der Mitte-Studie 2022/23 – Methodik und Design	
Frank Faulbaum · Nico Mokros	35
2.1 Umfragedesign der Erhebung 2022/23	35
2.1.1 Erhebungsmodus und Kontaktaufnahme	36
2.1.2 Stichprobenauswahl	37
2.2 Maßnahmen zur Qualitätssicherung	39
2.2.1 Sicherung der Stichprobenqualität	39
2.2.2 Sicherung der Mess- und Datenqualität	42

2.3	Korrektur von Stichprobenverzerrungen	47
2.4	Soziodemografische Zusammensetzung der Stichprobe im Überblick	49
3	Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte	
	Andreas Zick · Nico Mokros	53
3.1	Gegenwärtige Entwicklungen des Rechtsextremismus – hin zur Mitte	54
3.2	Rechtsextreme Einstellungen in der gegenwärtigen Mitte	61
3.2.1	Erfassung rechtsextremer Einstellungen	61
3.2.2	Häufigkeit rechtsextremer Einstellungen in Deutschland 2022/23	63
3.2.3	Entwicklungen rechtsextremer Einstellungen	66
3.2.4	Politische Positionen	71
3.2.5	Soziodemografische Unterschiede	74
3.2.6	Sozioökonomische Unterschiede	77
3.2.7	Regionale Unterschiede	81
3.3	Fazit und ein Blick auf Gewalt- und Machtorientierungen in der Mitte	84
4	Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte	
	Beate Küpper · Elif Sandal-Önal · Andreas Zick	91
4.1	Der Weg in die antidemokratische, rechtsextreme Radikalisierung	93
4.2	Einstellungen zur Demokratie in der Mitte-Studie 2022/23	97
4.2.1	Politische Selbstverortung, Wahlpräferenz und die Haltung zur AfD	98
4.2.2	Grundlegende Einstellungen zur Demokratie	102
4.2.3	Gefährdende Einstellungen zur Demokratie	113

4.3 Wer hält die Demokratie für gefährdet, wer gefährdet die Demokratie? 124

4.4 Wie hängt die Einstellung zur Demokratie mit demokratiegefährdenden und rechtsextremen Einstellungen zusammen? 127

4.5 Demokratiefeindliche Radikalisierung 130

Mittendrin: In der »Querfront«

Beate Küpper 137

Vermischen sich Links und Rechts? 137

Erfassung einer linken und rechten Ideologie in der Mitte-Studie 2022/23 139

»Querfront« ernst nehmen 145

5 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung

Nico Mokros · Andreas Zick 149

5.1 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in den Mitte-Studien: Konzept und Methodologie 152

5.2 Verbreitung von Menschenfeindlichkeit – Befunde der Mitte-Studie 2022/23 160

5.2.1 Soziodemografische Unterschiede 166

5.2.2 Politische Unterschiede 169

5.3	Erklärungsansätze und Zusammenhänge der Menschenfeindlichkeit	174
5.3.1	Autoritarismus oder Soziale Dominanzorientierung	174
5.3.2	Krisenwahrnehmung als Abwertungsbedingung?	176
5.3.3	Konflikte über »die Anderen«	179
5.4	Die Ideologie der Ungleichwertigkeit als Krisen- und Konfliktphänomen	181

**Mittendrin: Mysterium Ausländerbehörde: Über Gefahrenabwehr,
Selektion und Haltung, aber auch das ewige Personalproblem**

Souda Lamroubal	185
Ausländerbehörde, ein Ort fern von Willkommenskultur	187
Überforderung und Abhängigkeit statt Entlastung und Autonomie	191
Verwaltung in der Krise und viele wiederkehrende Déjà-vus	192
Nicht Migration ist die Lösung für unseren Fachkräftemangel, sondern die Haltung zur Migration	194
Long Covid in der Verwaltung?	195

**6 Willkommen in Deutschland? Einstellungen zur Nachrangigkeit
Neuhinzukommender**

Beate Küpper · Jens Hellmann	199
6.1 Ambivalente Willkommenskultur	202
6.2 Willkommenskultur je nach Herkunftsland	203

6.3	Vorrang für die Etablierten	207
6.4	Staatliche Angelegenheiten ... Deutsche zuerst	209
6.5	Ungleichbehandlung und Rassismus	212
6.6	Schutzsuchende erster und zweiter Klasse	217
7	Krisenungewissheit und ihr Zusammenhang zu anti- und prodemokratischen Überzeugungen	
	Andreas Zick · Elif Sandal-Önal	219
7.1	Krisen, Ungewissheit und Demokratieorientierungen	221
7.2	Krisenwahrnehmung und Demokratieorientierungen in der Mitte 2022/23	226
7.2.1	Krisenwahrnehmungen	227
7.2.2	Umgang mit der Krisenwahrnehmung: Öffnung oder Schließung der Gesellschaft?	229
7.2.3	Krisennavigation mit demokratischen oder antidemokratischen Einstellungen	230
7.3	Krisenungewissheiten und antidemokratische Gewissheiten	238
8	Entsicherte Marktförmigkeit als Treiber eines libertären Autoritarismus	
	Eva Groß · Andreas Hövermann · Amelie Nickel	243
8.1	Libertärer Autoritarismus als Gefährdung der Demokratie	245
8.2	Entsicherte Marktförmigkeit in der Gesellschaft	247

8.3	Entsichert Marktförmige – libertär und autoritär?	252
8.4	Entsichert Marktförmige – menschenfeindlich und rechts?	254
8.5	Marktförmig-autoritäre Tendenzen in der Mitte	256

Mittendrin: Aufwachsen in Armut

Alexander Mavroudis	259
Was es bedeutet, in Armut aufzuwachsen	260
Wer ist hier sozial schwach?	261
Hinsehen, wie Betroffene mit ihrer (Armuts-)Lage umgehen	262
Demokratie im Alltag erfahrbar machen	264
Vorurteile aufbrechen durch armutssensible Sprache	265

9 Der Ukrainekrieg und die Mitte zwischen Pazifismus und Militarismus

Mathias Albert · Lena Hilkermeier	267
9.1 Der Krieg als »Zeitenwende«?	267
9.2 Der Krieg im Gefüge von Sorgen – eine »breite« Mitte?	269
9.3 Positionierungen zur Ukraine, zu Russland und zu Deutschlands Engagement – die klaren Ränder der Mitte	275

9.4	Der außen- und sicherheitspolitische Standort Deutschlands – kaum Bruchlinien in der Mitte	278
9.5	Der Krieg in der Ukraine und die Demokratie in Deutschland Beate Küpper	283
9.6	Die Mitte in der »Zeitenwende«	288
10	Klimapolitische Einstellungen im Kontext des Krieges gegen die Ukraine	
	Fritz Reusswig · Beate Küpper	289
10.1	Der Klimawandel schreitet voran	290
10.2	Akzeptanz von Klimapolitik und Energiewende	292
10.3	Klimapolitische Einstellungen in der Mitte 2022/23	294
10.4	Progressive und regressive Haltungen zu Klimaschutz und Energiewende	300
10.5	Einfluss des Krieges Russlands gegen die Ukraine und seine Folgen	304
10.6	Demokratiegefährdende Einstellungen	308
10.7	Klimaschutz ja, aber ... und Demokratie nur so lange, wie es bequem bleibt?	311

11	Anspruchshaltung, politische Position und die Zuschreibung von Ungleichwertigkeit	
	Jens H. Hellmann · Jonas H. Rees	315
11.1	Befunde zu Anspruchsdenken	315
11.2	Anspruchshaltungen und gesellschaftliche Hierarchien	316
11.3	Erhebung von Anspruchsdenken in der Mitte-Studie 2022/23	318
11.4	Wer hat höhere Ansprüche? Häufigkeiten und Zusammenhänge von Anspruchsdenken mit relevanten Konstrukten	319
11.4.1	Zusammenhänge von Anspruchsdenken mit Maßen des sozioökonomischen Status	321
11.4.2	Zusammenhänge von Anspruchsdenken mit Sympathien für einzelne Parteien und politischer Selbstverortung	321
11.4.3	Zusammenhänge von Anspruchsdenken mit Ungleichwertigkeitsdenken	323
11.5	Ansprüche stellen, andere ausschließen: Wer macht so etwas?	325
	Mittendrin: Im Sportverein	
	Hannes Delto · Andreas Zick · Torben Hüster	327
	Ein Blick in die Vereinsmitte 2022/23	330

12 Einsamkeit, Feindseligkeit und Populismus
 Claudia Neu · Beate Küpper 335

12.1 Einsamkeit in der Mitte der Gesellschaft 336

12.2 Einsamkeit und Raum 338

12.2.1 (Fehlende) Gelegenheitsstrukturen 339

12.2.2 Unwohlorte 340

12.2.3 Teilhabe und Beteiligung 342

12.3 Zusammenhalt, Diskriminierungserfahrung und
 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 344

12.3.1 Krisenwahrnehmung 345

12.3.2 Diskriminierung und Abwertung 346

12.3.3 Zusammenhänge von Anspruchsdenken mit
 Ungleichwertigkeitsdenken 323

12.4 Einsamkeit und demokratiegefährdende Haltungen 348

12.5 Einsamkeit in der Demokratie 351

13 Politische Bildung für eine (nicht) distanzierte Mitte
 Sabine Achour 355

13.1 »Rechtsruck« trotz Demokratieförderprogrammen –
 Politische Bildung ist mehr als Extremismusprävention 356

13.2 Politische Bildung als Daueraufgabe – nicht nur als
 Intervention und in Krisen 359

13.3 Aufsuchende Bildungsarbeit: »Politische Bildung
 muss sich auf den Weg machen« 361

13.4	»Unwohlorte« Schule, Arbeit, Ausbildung: Demokratisierung von Strukturen	363
13.5	»Intellektueller Rechtsextremismus« für rechte Gebildete? Politische Bildung für Demokrat:innen – nicht für Demokratiefeinde	365
13.6	Rechter Wandel zwischen Normalisierung und Gewalt: Mehr demokratische Kante politischer Akteur:innen	366
13.7	Hass und Demokratiedistanz: Schattenseite der neoliberalen Leistungsgesellschaft?	369
13.8	Demokratieförderung durch Kapitalismuskritik? Kritische politische Bildung statt affirmativer ökonomischer Bildung	371
13.9	Zerbricht der Klimaschutz an der Demokratie? Mehr politische Bildung für Nachhaltigkeit!	373

Anhang

Glossar statistischer und methodischer Begriffe	378
Literatur	387
Die Autorinnen und Autoren	419

Vorwort der Herausgeberin

Ein Teil der Mitte der Gesellschaft distanziert sich von der Demokratie. Extrem rechte Narrative über die multiplen Krisen, vermeintliche Erklärungen und vereinfachende Lösungen dringen immer weiter in die Mitte vor, ihre Abgrenzung nach rechts wird durchlässig und der Graubereich der »teils/teils«-Antworten zu antidemokratischen Einstellungen wächst weiter. Dabei hat die Mitte – haben Menschen und politische Gruppen, die für sich in Anspruch nehmen, die Mitte zu vertreten – eine hohe Verantwortung für den Fortbestand der Demokratie. Dies ist nur eine von vielen Herausforderungen, die in dieser neuesten Ausgabe der FES-»Mitte-Studie« angesprochen werden. Der Blick auf den demokratischen Kern unseres Miteinanders kann auf der Grundlage der »Mitte-Studie« differenzierter erfolgen. Die Langzeitstudie, die seit 2002¹ gesellschaftliche Entwicklungen verfolgt, steht dabei vor der konzeptionellen Problematik, die Balance zwischen neuen Erkenntnissen und dem Nachzeichnen von langfristigen Trends zu wahren. Mit dem Blick auf den gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustand der Bundesrepublik richtet sich die aktuelle »Mitte-Studie« auf die Auseinandersetzungen mit Krisen, Unsicherheiten, Kriegsfolgen sowie mit den Klima- und Energiedebatten.

Die Folgen der Coronapandemie sind noch nicht überwunden, die Klimakrise ist in vollem Gange und seit Februar 2022 bringt die russische Invasion in der Ukraine weitere Unsicherheiten und Ängste in Bezug auf Energiesicherheit oder Preissteigerungen. Diese multiplen Krisen können solidarisch und gemeinschaftlich bearbeitet werden oder ab- und ausgrenzend. Das Ringen um den richtigen Weg – wie auch schon in den Coronajahren – führt allerdings bei manchen Menschen zu einer Distanzierung von demokratischen Werten, Prozessen und scheinbar unverrückbaren Verabredungen, aber teilweise eben auch dazu, dass sie von Demokratiefeinden deutlicher abrücken.

1 Seit 2006 erscheint etwa alle zwei Jahre eine neue Ausgabe (mit Vorstudien ab 2002), seit 2014 mit dem Team des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld, vorher in Zusammenarbeit mit den Wissenschaftler:innen der Universität Leipzig (bis 2012).

In der letzten Studie konnten wir eine deutliche »Pandemiedelle« feststellen – einen Rückgang in fast allen Formen der Abwertung von gesellschaftlichen Gruppen. Dieser Trend scheint gebrochen. Die Werte liegen auf Vor-Pandemie-Niveau oder sogar darüber. Neben der Analyse der zentralen Phänomene Rechts-extremismus, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und demokratiegefährdender Einstellungen blicken wir in dieser Studie zudem auf Zusammenhänge zwischen Unsicherheiten, Krisenbetroffenheit und menschenfeindlichen Einstellungen. In einem weiteren großen Block blicken wir stärker auf die persönlichen Lebenskontexte von Menschen, auf Anspruchsdenken, Selbstwirksamkeit und Einsamkeit.

Die »Mitte-Studie« möchte über die Analyse hinaus Impulse geben zu Debatten. Die Autor:innen versuchen, Anregungen für mögliche Zukunftswege zu geben, sei es durch »aufsuchende« politische Bildung, die Demokratisierung von Strukturen in Arbeit, Bildung und Ehrenamt, eine kapitalismuskritische politische Bildung oder durch die Erkenntnis, dass es einen Zusammenhang zwischen Demokratiestärke und Krisenbetroffenheit gibt. Der FES ist es wichtig, mit Studien wie der vorliegenden, aber auch mit viel Bildungs- und Beratungsarbeit, die demokratischen Kräfte in diesem Land zu stärken, ihnen Rückhalt, eine Stimme zu geben und Debatten anzustoßen.

Sehr viele Menschen sind nötig, ein solches Projekt auf die Beine zu stellen und ihnen gebührt großer Dank. Wissenschaftlich, organisatorisch und menschlich hat *Nico Mokros* die Fäden zusammengehalten. Als Projektkoordinator am Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) an der Universität Bielefeld und gleichzeitig als Autor hat er dies mit Umsicht, Ruhe und dem Blick fürs Detail meisterlich gelöst und ihm gebührt große Anerkennung.

Alle Autor:innen des vorliegenden Buches haben hohes persönliches Engagement gezeigt. Sie haben mit ihrem Wissen und ihren Perspektiven auf die Mitte und großem Einsatz die »Mitte-Studie« 2022/23 zu einem interdisziplinären Projekt gemacht. Dass das funktioniert – auch unter Zeitdruck – ist auf Vertrauen, viel Austausch und ein Wissenschaftsethos zurückzuführen, das beachtlich ist. Am IKG haben *Jens Hellmann*, *Torben Hüster*, *Amelie Nickel*, *Jonas Rees* und *Elif Sandal-Önal* die Daten genau untersucht und wichtige Phänomene herausge-

arbeitet. Die Autor:innen außerhalb des IKG sind aber mindestens genauso wichtig und wir schätzen die Beiträge sehr: *Eva Groß, Andreas Hövermann, Mathias Albert, Lena Hilkermeier, Frank Faulbaum, Fritz Reusswig* und *Claudia Neu* haben wertvolle Einblicke geliefert. *Sabine Achour* wirft erneut am Ende des Buches einen Blick auf die Herausforderungen für die politische Bildung.

In diesem Jahr haben wir eine Idee aus der vergangenen »Mitte-Studie« erweitert, nämlich mit Essays und fokussierten Perspektiven stärker herauszustellen, welche Relevanz die Daten für das Leben der Menschen in Deutschland haben. In den als »Mittendrin« markierten Kapiteln schauen wir auf »Querdenkertum«, Rassismus in der Verwaltung, auf Kinderarmut und in Sportvereine hinein. Danke an die Autor:innen *Beate Küpper, Souad Lamroubal, Alexander Mavroudis, Hannes Delto, Andreas Zick* und *Torben Hüster* für diese besonderen Blicke in die »Mitte«.

Dem UADS-Umfrageinstitut danken wir für die Durchführung der Umfrage nach den höchsten wissenschaftlichen Standards und für den kollegialen Austausch.

Vor allem aber gilt der Dank dem Studien- und IKG-Institutsleiter *Andreas Zick* von der Universität Bielefeld sowie *Beate Küpper* von der Hochschule Niederrhein. Ohne das unermüdliche und persönlich sehr fordernde Engagement in diesem Projekt und die langjährige vertrauensvolle Zusammenarbeit gäbe es keine neue »Mitte-Studie«. Ein solches Projekt innerhalb weniger Monate zwischen Fragebogenerstellung, Datenauswertung und Veröffentlichung unter teilweise widrigen Umständen zu vollenden, erfordert besondere Kraftanstrengungen und Hingabe für das Themenfeld.

Ohne das starke Team des Verlags J. H. W. Dietz um *Alexander Behrens, Flora Frank* und *Gerd Kempken* für den Satz wäre dieses Projekt nicht zu stemmen. Und auch die Unterstützung zahlreicher FES-Kolleg:innen ist unersetzbar, namentlich sei hier besonders *Charlotte Domberg* erwähnt.

Ein besonderer Dank geht an die Menschen, die sich Zeit genommen haben, um sich für die Studie befragen zu lassen. Das ist nicht selbstverständlich und

wir schätzen es sehr, dass Menschen ihre Sorgen und Einstellungen mit uns teilen und so auch die Wissenschaft stärken.

Demokratie braucht keine Distanz, sie braucht Demokrat:innen, klare Grenzen zur Demokratie- und Menschenfeindlichkeit und ein Einstehen für Gleichheit und Solidarität.

Berlin im September 2023

Franziska Schröter

Verantwortlich für das Projekt gegen Rechtsextremismus
der Friedrich-Ebert-Stiftung

1 Die distanzierte Mitte – eine Annäherung an das Verhältnis der Mitte zur Demokratie in Krisenzeiten

Andreas Zick

Vielleicht ist es keine gute Idee, ein Buch, von dem Antworten verlangt werden, mit Fragen zu beginnen. Aber es soll hier um einen Bericht zu zentralen Fragen an die Gesellschaft gehen. Was prägte den gesellschaftlichen Zustand Deutschlands in den Jahren 2022/23 mit Blick auf die demokratische oder antidemokratische Orientierung der Menschen? Wie ist das Land politisch gestimmt? Ist die Mitte »nach rechts« gerückt? Hat sie sich von jenen demokratischen Normen und Werten, wie zum Beispiel der Achtung der Würde des Menschen, Verfassungstreue und Toleranz distanziert? Haben die Krisen die Mitte so »entsichert«, dass nun alle nur noch zusehen, »wo sie bleiben«? Welche gesellschaftlichen Herausforderungen resultieren aus dem besonderen Blick, den die Menschen in Deutschland auf ihre Demokratie haben? Wohin bewegt sich die Mitte angesichts gesellschaftlicher Krisen und Konflikte, politischer Auseinandersetzungen und ideologisch oft fragwürdiger Angebote?

1.1 Deutschland im Jahreswechsel 2022/23

Wenn wir diese aktuellen gesellschaftlichen und alltäglichen Herausforderungen einmal in Summe betrachten, wird deutlich, dass sich für den Zustand der Gesellschaft, insbesondere ihrer Mitte, keine simple oder gar hinreichende oder vereinfachte Beschreibung finden lässt. Die Liste der angehäuften Krisenindikatoren aus den vergangenen Jahren ist lang: die Coronapandemie und ihre Folgen für das Gesundheits- wie Bildungssystem, damit einhergehend hohe soziale Belastungen, auch die neue Einsamkeit, die viele Menschen erlebt haben und noch immer erleben. Dazu gehören ferner Teuerungen und die Inflation, der Klimawandel mit den Klimaprotesten (hauptsächlich, aber nicht nur) junger Menschen. Schließlich: Rechtsextremer Terror, rechtsextreme Agitation, die Formierung und Aktionen des Rechtsextremismus, Hasstaten, eine wachsende Zahl von Reichsbürgern, menschenverachtender Rechtspopulismus und

Angriffe auf die Demokratie durch sogenannte »Querdenker« dürfen als Krisenindikatoren genannt werden. Und angeführt wird die Krisenliste aktuell durch den Krieg Russlands in der Ukraine. Er geht in Deutschland mit Protesten und überraschenden Allianzen zwischen Rechten und Linken, Menschen der Mitte sowie neuen »besorgten Bürgern« einher. All diese Schlaglichter geben Beispiel davon, dass Krisen und Konflikte von besonderen Belastungen begleitet werden, zumal von miteinander verbundenen multiplen Krisenphänomenen auszugehen ist, »verschachtelten Polykrisen«, wie der Ökonom Tooze (14.7.2022) sie bezeichnet.

Es sind also krisenreiche Zeiten und die Mitte nimmt diese Krisen deutlich wahr. In der aktuellen Mitte-Studie, für die mehr als 2.000 Personen befragt wurden (→ Datengrundlage, Kap. 2; S. 35 ff.), finden 55 % der Befragten, Deutschland sei derzeit »stark« oder »sehr stark« von Krisen betroffen (37 % »mittel«). 39 % meinen, Menschen »wie sie selbst« seien betroffen (37 % »mittel«) und 31 % geben an, sie seien persönlich von Krisen betroffen (38 % »mittel«). Nur 8 % meinen, Deutschland sei »wenig« oder »gar nicht« betroffen, während 24 % angeben, Menschen wie sie selbst seien nicht von Krisen betroffen, und 31 % gaben an, dass sie persönlich nicht von Krisen betroffen seien. Die Krisen werden von immer mehr Menschen als nationale Krisen wahrgenommen. Und diese treffen jene Menschen härter, die über weniger Kapital verfügen. Unter einkommensschwächeren Befragten sieht sich jede zweite Person (48 %) persönlich von Krisen betroffen; dem stehen 27,5 % der Einkommensmitte und nur 14,5 % der Einkommensstärkeren gegenüber. Zugleich sind es die Einkommensschwächeren, die mehrheitlich meinen, das Land sei von der Krise betroffen (62 %); hingegen denken das nur 54 % der mittleren und 48 % der stärkeren Einkommensgruppe.

Es sind krisen- und konfliktreiche Zeiten auch für die Verfassung und den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt. Wie gut oder schlecht die Demokratie funktioniert, hängt davon ab, wie die Antwort auf die Frage lautet, welche Herausforderungen und Problemlagen die Mitglieder der Gesellschaft, die Menschen in Deutschland, sehen, erleben und wie sie damit umgehen. Es kommt dabei entscheidend darauf an, wie sie zu Gesellschaft und Demokratie stehen. Es kommt in Krisenzeiten darauf an, wie wir die Welt sehen und welche

Haltung wir anderen gegenüber einnehmen. Schließlich sind mehr Toleranz und Solidarität von allen gefordert. Es stellen sich besondere Fragen: Welches Gesellschaftsmodell bevorzugen Menschen, welches lehnen sie ab? Welche Gruppen hält die Mehrheit für »dazugehörig«, welche nicht? Mit wem halten sie zusammen, mit wem nicht? Wer erfährt Solidarität, wer nicht? Wie bewerten sie die Rolle der Demokratie als »Leitbild«? Krisen erfordern eine Aushandlung von Beurteilungen, Werten und Normen, und sie zwingen uns, unsere Haltung zur Demokratie neu zu justieren, gerade dann, wenn die gewünschte oder erhoffte Normalität nicht mehr da ist. Die Alternative hieße, drängende Herausforderungen zu ignorieren.

Wenn in solchen Krisen die gewohnte gesellschaftliche Stabilität verloren geht, weil Veränderungen sich nicht aufhalten lassen und oft auch nicht mehr einfach steuerbar sind, liegt eine Zunahme von Konflikten um Interessen, Ressourcen, Wertvorstellungen und Identitätsfragen nahe: Wer sind wir? Wer ist verantwortlich für die Belastungen? Was steht uns jetzt zu? Wie schaffen wir das? Können wir, wie bisher, auf den Staat, die Demokratie und ihre Institutionen vertrauen? Krisenzeiten sind Zeiten der Ungewissheit, also Zeiten, in welchen wir weder wissen, wie die Krise entstand noch wohin die Reise geht. Menschen fühlen sich dann verunsichert, bedroht, entsichert, aber auch enttäuscht, einsam, abgehängt, oder sie denken, es sei einfach alles in Unordnung geraten. Solche Einschätzungen entstehen durch die Wahrnehmung und Verarbeitung der sozialen Umwelt. Gerade in Krisenzeiten hören sich Menschen um, reden mit anderen, suchen in Medien nach einer Erklärung und bilden dann Einstellungen aus, also Überzeugungen, Emotionen und Absichten, dieses oder jenes zu denken und zu tun. Krisenzeiten sind daher auch Zeiten, in denen jene Menschen, Gruppen und Parteien mehr Aufmerksamkeit erhalten, die eine »klare« Einschätzung abgeben, »einfache« Lösungen anbieten; die angeblich »wissen«, wer die Krisenverursacher:innen sind, »wissen«, welche Führung aus der Not rettet und die autoritäre, radikale und extreme Lösungen vorschlagen. Es sind Zeiten, in denen Appelle oder eine bessere Wohlfahrtspolitik nur in Teilen geeignet sind, Konflikte, Unzufriedenheit und Proteste zu befrieden. Krisenzeiten sind Zeiten, in denen sich Menschen politisch bewegen und neu positionieren. Und diese Positionierung kann aus der Mitte heraus »nach rechts« verlaufen. Ob das passiert und was die Gründe sein könnten, ist das Hauptinteresse der Mitte-Studien.

Die Mitte-Studien ermitteln, welche aktuellen Einstellungen in der Bevölkerung zu diesen Themen vorherrschen. Gerade mit Blick auf gegenwärtige Radikalisierungstendenzen in der Mitte in Krisenzeiten sollte die Diagnose nicht allein die Gegenwart im Blick haben. Es muss auch bedacht werden, wie die Mitte in jene Krisenzeit geraten ist. Es wird nicht gelingen, historische Konflikt- und Krisenentwicklungen so aufzuarbeiten, dass sich genauer bestimmen ließe, welche früheren Ereignisse oder Prozesse zur Gegenwart führten. Um den Kontext und den Fokus der Studie auf aktuelle rechtsextreme und demokratiegefährdende Orientierungen zu verstehen, sind verschiedene Aspekte hervorzuheben. Das Land hat – wie viele andere Länder auch – die Coronapandemie erlebt, die zu massiven Protesten von wütenden Gegner:innen der Coronaregeln führte. Dies war begleitet von der Bildung neuer ideologischer Gruppen, die nicht mehr einfach als rechtsextrem oder rechtspopulistisch bezeichnet werden können; am ehesten völkisch, autoritär, rebellisch, wie wir es in der Mitte-Studie 2020/21 erkennen konnten, aber auch mit linken und esoterischen Anhänger:innen. Das Land geriet in die Krise mit Wut, Hass und Gewalt. Allein im Hellfeld politisch motivierter Straftaten – hier der Hasskriminalität – war zwischen 2020 und 2021 ein Anstieg um 116 % zu verzeichnen (BMI/BKA 2022) (⇒ auch Kap. 3, S. 53 ff.). Viele Gruppen hatten in der Coronapandemie unter massiven Diskriminierungen und unter Rassismus zu leiden, wie der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) (DeZIM 2022) und auch die Mitte-Studie (Zick & Küpper 2021) sichtbar machten. Die Gewaltbereitschaft und -billigung in rechtsextremen wie neurechten Milieus stieg an. Rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung gingen im zweiten Jahr der Pandemie zwar zurück, aber die Unzufriedenheit mit der Demokratie war hoch, und viele menschenfeindliche Vorurteile wurden in großem Umfang geteilt, wie die Leipziger Autoritarismusstudie feststellte (Decker et al. 2022a). Heute ist bekannt, in welcher hohen Zahl Rechtsextreme zusammen mit anderen rechtsradikalen, verschwörungorientierten und demokratiefeindlichen Gruppen den organisatorischen Zusammenschluss suchten, sich den Milieus von Reichsbürgern und sogenannten Selbstversorger:innen annäherten und sogar Terrorzellen bildeten. Zugleich sank das Vertrauen in die Politik, Krisen und Konflikte regulieren zu können, sowie das generelle Vertrauen in die Demokratie: Die Vertrauensstudie der Politikwissenschaftler:innen Frank Decker et al. (2023) gibt darüber umfangreich Auskunft. Die Entwick-

lungen sind zum Teil auf neue ökonomische Belastungen zurückzuführen. Die soziale Ungleichheit, die Schere zwischen Arm und Reich, ging in der Pandemiezeit noch weiter auf (vgl. z. B. DGB 2021; Der Paritätische 2023; Spanagel & Zucco 2022). Eingewanderte und Geflüchtete wurden von der Pandemie härter getroffen (Entringer et al. 2022; Bendel, Bekyol & Leisenheimer 2021), zumal sie stärker mit Ressentiments belegt wurden (Giesing & Hofbauer Pérez 2020). Die privaten und familiären Belastungen erreichten ein Höchstmaß (vgl. z. B. das FReDA-Panel; Bujard et al. 2023). Insbesondere Kinder und junge Menschen hatten darunter zu leiden (vgl. z. B. den Expertenbericht der Bundesregierung 2023). Zudem bemerkten viele Menschen die Instabilitäten von Gesundheits-, Versorgungs-, Sozial- und Bildungssystemen (vgl. z. B. Reintjes, Porsch & im Brahm 2021; Volkmer & Werner 2020). Einige Bevölkerungsgruppen vereinsamten durch die Coronaregeln immer mehr (vgl. Lippke et al. 2022). Die Gesellschaft, die die Mitte-Studie beleuchtet, samt ihrem Gefüge, welches sie zusammenhalten soll, war bereits im Stresstest, bevor der Krieg Russlands und die damit einhergehenden Folgen einsetzten. Sie war, wie wir 2021 betonten, bereits *gefordert* (Zick & Küpper 2021). Wie klar der Mitte die Krisen bewusst waren, zeigte die Mitte-Studie 2020/21 ebenfalls, in der wir nach künftigen Bedrohungen für Deutschland fragten. Fast 70 % der Befragten der repräsentativen Studie nannten den Rechtsextremismus und den Klimawandel, gefolgt von sozialer Spaltung (61,5 %) und der Coronapandemie (60,5 %). Und jede zweite befragte Person gab Vereinsamung an (54 %).

Die Mitte trifft aktuell auf viele weitere Herausforderungen, die so zu meistern sind, dass die Demokratie nicht aus den Fugen gerät. Das tut sie, wenn Menschen und Gruppen sich auf einen extremistischen Rand zubewegen oder die Tür für den Rechtsextremismus aufhalten, weil die Allianz mit den selbst erkorenen »Freiheitskämpfern« und »Systemopfern« ihnen eine bessere »nationale Zukunft« verspricht. Krisen und Konflikte sind in Demokratien so zu regulieren, dass ihre Mitglieder nicht auf Distanz zu grundständigen Normen der Demokratie gehen. Gerade hier kommt der Mitte als eine vielleicht schwer bestimmbare, aber doch orientierende Kraft in Konfliktzeiten eine besondere Bedeutung zu.